

chinesischer Filme aufgehoben worden. Fortan können die Filmproduzenten ihre Spielfilme direkt an lokale Filmgesellschaften oder ins Ausland verkaufen. Mit dieser Reform sei der erste Schritt zu einem wirklichen Filmmarkt getan, heißt es. Bisher sei die chinesische Filmwirtschaft dadurch charakterisiert gewesen, daß aufgrund des staatlichen Vertriebsmonopols Produktion und Vertrieb getrennt gewesen seien und sich die Bedürfnisse des Marktes nicht in den Produkten der Produzenten widerspiegelt hätten. Es seien viele Filme verbreitet gewesen, deren Qualität nicht allzu hoch gewesen sei, und das Publikum hätte sie immer weniger gemocht. Im vergangenen Jahr seien die Mängel dieses alten Systems im Filmmarkt besonders kraß zutage getreten. Nach einhelliger Meinung der Filmkünstler sowie der Vertriebs- und Vorführabteilungen hätte die Filmwirtschaft ohne Reform nicht weiter existieren können. Deshalb habe man das Vertriebsrecht an die Filmproduzenten gegeben, um die Interessen der Produzenten mit dem Filmmarkt zu verbinden. Obwohl dies erst der erste Schritt zur Reform des gesamten Systems der Filmwirtschaft sei, so hoffe man doch, daß diese Reform dazu beitragen könne, den chinesischen Film wieder zur Blüte zu bringen. (RMRB, 14.1.93)

Vor der Reform kaufte die staatliche Filmvertriebsgesellschaft alle in China produzierten Filme einschließlich des Copyright auf und verkaufte sie im In- und Ausland. Heute hingegen können sich die Filmproduzenten direkt mit Kinos und anderen Käufern in Verbindung setzen. Sie können ihre Filme auch direkt, ohne daß der Staat sie zuerst kauft, ins Ausland exportieren. Bedingung dafür ist allerdings, daß sich die Preise innerhalb der vom Staat festgelegten Grenzen bewegen. (XNA, 15.1.93) Eine Ausnahme bei der Freigabe des Filmvertriebs bilden wissenschaftliche, künstlerische und Kinderfilme, von denen im Jahre 1993 noch 70 Prozent von der staatlichen Filmvertriebsgesellschaft vertrieben werden müssen. Dieser Anteil soll sich aber in den kommenden Jahren verringern (ebd.).

Mit der Aufhebung des staatlichen Monopols über den Filmvertrieb ist kein Verzicht auf die staatliche Filmzensur verbunden. Ausdrücklich wird betont, daß der Staat die Filmzensur beibehalten werde, und zwar sowohl

bei in China produzierten als auch bei importierten oder in Gemeinschaftsproduktion mit dem Ausland hergestellten Filmen (GMRB, 9.1.93). -st-

---

## Außenwirtschaft

---

\*(38)

### Außenhandel 1992

Auch 1992 stellt für China ein außenwirtschaftlich erfolgreiches Jahr dar. Nach vorläufigen Angaben erhöhte sich das Außenhandelsvolumen im letzten Jahr um 22% auf 165,6 Mrd. US\$. Gegenüber 1991 fiel jedoch der Handelsbilanzüberschuß deutlich niedriger aus. So exportierte China Güter im Werte von 85 Mrd. US\$, ein Anstieg um 18,3%, und importierte Waren im Werte von 80,6 Mrd. US\$, eine Erhöhung um 26,4%. Dementsprechend wies die Handelsbilanz einen Überschuß von 4,4 Mrd. US\$ aus. (XNA, 8.1.93) (Handelsbilanzüberschuß 1991: 8,12 Mrd. US\$; 1990: 8,75 Mrd. US\$) Genauere Daten über die Zusammensetzung der Warenstruktur und die regionale Aufteilung nach Abnehmer- und Lieferländern werden erst in den nächsten Monaten vorliegen.

Die Importerhöhung steht auch in einem engen Zusammenhang mit der stark gestiegenen Anzahl von Joint Venture Unternehmen, und Unternehmen in 100%igem ausländischen Kapitaleigentum in den letzten Jahren. So berichtet die CEN am 8.2.93, daß sich im letzten Jahr die Importe für Ausrüstungen und Güter der Unternehmen mit ausländischem Kapital um 70,8% gegenüber 1991 erhöht haben und sich auf rund 8 Mrd. US\$ beliefen. Das Außenhandelsvolumen dieser Unternehmen betrug 25% der gesamten chinesischen Im- und Exporte.

Der Anstieg der Importe aus Chinas Nachbarländern war besonders bemerkenswert. So erhöhten sich zwischen Januar-November 1992 die südkoreanischen Einfuhren nach Aufnahme diplomatischer Beziehungen und direkter Wirtschaftskontakte mit Südkorea um 132% gegenüber 1991 (1991: 1,067 Mrd. US\$). Durch die Ausweitung des Grenzhandels mit Rußland stieg der bilaterale Außen-

handel auf 5 Mrd. US\$. und lag damit deutlich höher als der Außenhandel mit der früheren Sowjetunion. Die Importe aus Rußland nahmen um 65% zu. Die Einfuhren aus Taiwan (über Hongkong) stiegen um 55% (Volumen der Einfuhren von Jan.-Sept. 1992: 3,55 Mrd. US\$) und aus Japan um 34% (1991: 10 Mrd. US\$). Dagegen betrug der Anstieg der Importe in der genannten Periode aus Hongkong 17% (1991: 17,5 Mrd. US\$), aus den USA 12% (8 Mrd. US\$) und der EG 11%. (XNA, 8.1.93; CD, 8.1.93)

Li Lanqing, Minister für Handel und Wirtschaftsbeziehungen mit dem Ausland, geht mit Blick auf den Entwicklungstrend bei den Importen im ersten zwei Jahren des 8.Fünfjahresplanes (1991-95) davon aus, daß das gesamte Importvolumen einen Wert von 300 Mrd. US\$ bis 1995 überschreiten wird. Bereits in den ersten zwei Jahren habe sich das Importvolumen auf über 140 Mrd. US\$ belaufen. Mit der weiteren Vertiefung der Reform des Außenhandelsystems würde auch der Zugang ausländischer Produkte zum chinesischen Markt weiter erleichtert werden. (XNA, 8.1.93) -schü-

\*(39)

### Knappe Devisen und fallender RMBY

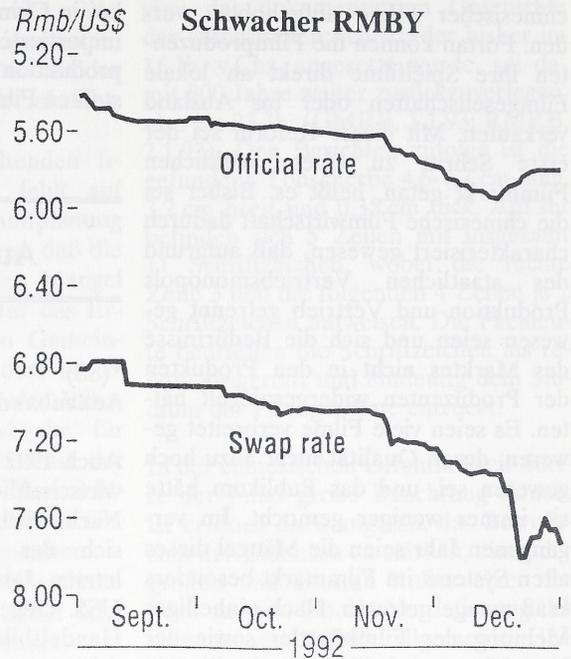
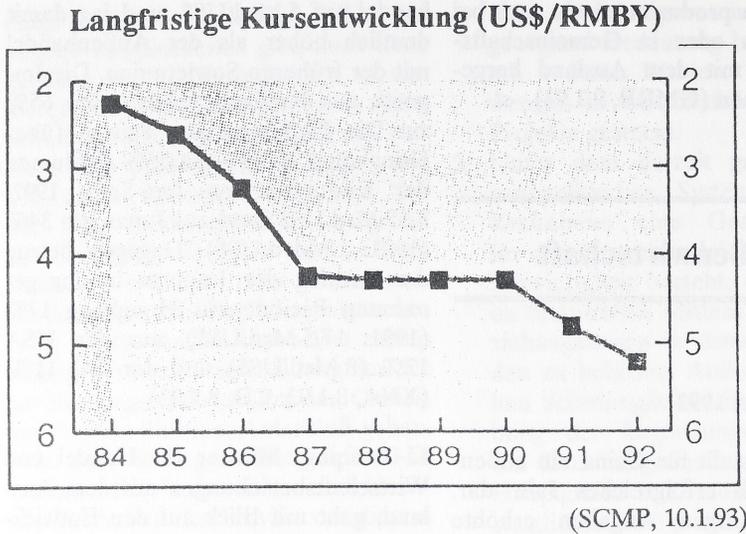
Trotz des hohen Wirtschaftswachstums, positiver Handelsbilanzsalden und Leistungsbilanzüberschüsse hat sich im letzten Jahr die Tendenz zur weiteren Abwertung der chinesischen Währung fortgesetzt.

Nach kleineren Abwertungsschritten fiel der Wert des RMBY in den letzten 13 Monaten um insgesamt 10,1%. Noch im August letzten Jahres betrug der offizielle Kurs für 1 US\$ 5,42 RMBY, fiel bis November auf 5,5406 RMBY und betrug Anfang Januar 5,75 RMBY.

Der Unterschied zum Umtauschkurs auf den Devisen-Swapmärkten hat sich in den letzten Monaten weiter erhöht; derzeit werden dort für 1 US\$ 7,70 RMBY geboten. (SCMP, 10.1.93)

Der Schwarzmarktpreis für 1 US\$ soll außerdem inzwischen bis auf 8 RMBY gestiegen sein. (SCMP, 11.1.93)

Die ausländischen Unternehmen in China stellt die Devisenknappheit und der fallende Wert des RMBY vor be-



Source: Jardine Fleming  
(FEER, 21.1.93)

sondere Probleme. So werden hierdurch ihre Importe für Maschinen und Rohstoffe verteuert, während sie bei der Umwandlung ihrer Gewinne in Devisen zunehmend Verluste hinnehmen müssen. (FEER, 21.1.93)

Eine Absicherung gegen Wechselkurschwankungen durch Hedging ist bisher nicht möglich, da die Bank of China nicht mit Termingeldern handelt. Weiterhin erfüllen die Swapmärkte ihre Ausgleichsfunktion aufgrund des regionalen Protektionismus nicht, und Devisenüberschüsse werden nicht an andere Zentren weiterverkauft. (HB, 28.1.93; FEER, 21.1.93)

Die Reaktion ausländischer Unternehmen auf das Wechselkursrisiko stellt die SCMP in einem Bericht vom 10.1.93 dar. So investieren beispielsweise Hongkonger Unternehmen in ihre Joint-Venture-Unternehmen auf dem Festland über Bankkredite staatlicher Banken, anstatt die eigene Währung in RMBY zu tauschen. Viele Unternehmen reinvestieren die Gewinne auch wieder, statt sie nach Hongkong zu transferieren.

In den nächsten Monaten erwarten ausländische Beobachter eine weitere Abwertung der chinesischen Währung, um eine Angleichung zwischen dem offiziellen Wechselkurs und dem Kurs auf den Swap-Märkten herzustellen.

Dies wird auch als Schritt in Richtung einer Konvertibilität der Währung angesehen, die im Rahmen des GATT-Beitritts schrittweise angestrebt wird.

Die Wirkungen einer weiteren Devaluierung des RMBY werden vielfältig sein. Dazu zählt u.a. ein höheres Risiko für diejenigen, die in B-Aktien auf dem Festland Kapital angelegt haben. Auch ausländische Unternehmen, die von Komponenten- und Rohstoffimporten abhängig sind, werden davon negativ betroffen sein. Für die Hongkonger Unternehmen, die in die USA reexportieren, wird dagegen sogar ein positiver Effekt angenommen, da sie ihre Arbeitskräfte und Rohstoffe in Lokalwährung bezahlen.

Kritik an der Währungspolitik Chinas kommt denn auch vor allem aus den USA. So geht die Federal Reserve Bank in New York in einer Untersuchung im letzten Jahr davon aus, daß die chinesische Regierung eine Abwertungspolitik mit dem Ziel verfolgt, ihre Exportchancen weiter zu verbessern. Auch das amerikanische Handelsministerium und das Finanzministerium haben wiederholt die Abwertung der chinesischen Währung angegriffen, die im Widerspruch zu den steigenden Leistungsbilanzüberschüssen und Devisenreserven stehen würde. (FEER, 21.1.93) -schü-

\*(40)

**Bildung von Sonderzonen soll eingeschränkt werden**

Einem Bericht der *Wen Hui Bao* vom 5.1.93 nach zufolge der Staatsrat eine Anweisung gegeben haben, nach der die Überprüfung und Genehmigung von Sonderzonen vorläufig ausgesetzt wird. Sonderzonen, deren Gründung zwar bereits genehmigt sei, doch für die noch keine detaillierten Ausführungspläne der lokalen Regierungsebenen beständen, sollten nochmals einem Überprüfungs- und Genehmigungsverfahren unterzogen werden. (*Wen Hui Bao*, Hongkong, 5.1.93, in SWB, 6.1.93)

Wie die *Zhongguo Xinxi Bao* ausführt, würden derzeit Bewertungsstandards erarbeitet, die den Genehmigungsverfahren zugrunde gelegt werden sollen. Viele Sonderzonen würden ohne Berücksichtigung der wirtschaftlichen Voraussetzungen, sondern eher aus Prestige Gründen von den lokalen Verwaltungsbehörden eingerichtet. Auch seien viele der Projekte, vor allem in den ländlichen Gebieten im Landesinnern, nicht attraktiv für ausländische Investoren.

Zu den bereits aufgetretenen negativen Wirkungen zählt die *Zongguo Xinxi Bao* vor allem die aus der Konkurrenz zwischen den Sonderzonen um poten-

tielle ausländische Kapitalanleger resultierende gesetzeswidrige Einräumung von Investitionsanreizen über steuerliche Vergünstigungen und niedrige Bodenpachtpreise.

Weiterhin würden durch die rasche Ausweitung von Sonderzonen in den ländlichen Gebieten zunehmend landwirtschaftliche Nutzflächen in Anspruch genommen. Allein im letzten Jahr seien hierdurch 233.000 Hektar Land für die Landwirtschaft verloren gegangen, mehr als durch Neulanderschließung kompensiert werden konnte. (NfA, 11.2.93)

Über die Anzahl der wirtschaftlichen Sonderzonen liegen dem Bericht der NfA zufolge unterschiedliche Angaben vor. So gehe die Staatliche Planungskommission von einer Zahl von 1.700 aus, das Büro für Sonderwirtschaftszonen beim Staatsrat nenne 1.800 Einheiten, die staatliche Bodenverwaltung gebe eine Gesamtzahl von 2.700 an und das Agrarministerium benenne unter Einbeziehung der Sonderzonen auf Gemeindeebene sogar 9.000 Gebiete. (NfA, 11.2.93) -schü-

\*(41)

#### Japan belegt chinesische Exporte mit Strafzöllen

Wie die japanische Wirtschaftszeitung *Nihon Keizai Shimbun* berichtet, wird Japan Anfang Februar auf chinesische Lieferungen von Ferrosilizium-Mangan Antidumpingzölle erheben. (HB, 28.1.93) Hierbei handelt es sich um Ferrolegerungen für die Stahlherstellung, bei denen China seinen Marktanteil in Japan von 17% (1989) auf 39% (1991) erhöhen konnte.

In der seit rund einem Jahr laufenden Untersuchung wurden ca. 100 chinesischen Unternehmen vom japanischen Branchenverband der Vorwurf gemacht, sie würden durch Dumpingpreise die einheimische Industrie schädigen. (NZZ, 31.1./1.2.93) Bei der Untersuchung soll es jedoch problematisch gewesen sein zu bestimmen, ob die 25%ige Preisreduzierung seit 1989 von der chinesischen Regierung genehmigt worden war oder auf einer unabhängigen Preispolitik der betreffenden staatlichen Unternehmen beruht habe. (FT, 30./31.1.93)

Nach Aussagen des japanischen Handelsministeriums sei das Untersuchungsverfahren gegen die chinesi-

schen Unternehmen strikt auf der Basis der GATT-Regeln durchgeführt worden. Entschieden wurde nunmehr, Strafzölle zwischen 4,5% - 27,2% zu erheben.

Das chinesische Handelsministerium wies die Vorwürfe zurück, da die Entscheidung ohne Berücksichtigung verlässlicher Informationen erfolgt sei, und drohte ebenfalls mit Handelssanktionen. (IHT, 30./31.1.93)

Nach Einschätzung der *Financial Times* deute diese Entwicklung auf eine sich rasch verändernden Handelsstruktur hin. So gerate die japanische Industrie zunehmend unter Druck von Billig-Exporten aus anderen asiatischen Ländern. Bereits für südkoreanische Exporte von Strickwaren seien Strafzölle angedroht worden, diese allerdings nach einer 'freiwilligen Selbstbeschränkung' der Koreaner nicht erhoben worden. Auch gegen Importe aus Indonesien und Pakistan hätten japanische Baumwollspinnereien im letzten Jahr Antidumping-Vorwürfe erhoben. (FT, 30./30.1.93) -schü-

---



---

## Binnenwirtschaft

---



---

\*(42)

#### Wachstumserwartungen 1993

Wie die *China Economic News* am 4.1.93 berichtet, soll auf der Nationalen Planungskonferenz Ende 1992 die gesamtwirtschaftliche Wachstumsrate für 1993 auf 8% beschränkt worden sein. Gegenüber der Zunahme des Brutto-sozialprodukts von 12% im letzten Jahr stellt diese für 1993 aufgestellte Planvorgabe eine deutliche Abschwächung des Wachstums dar. Die chinesischen Wirtschaftspolitiker würden den Trend für 1993 unter das Motto 'hohes Wirtschaftswachstum bei angespannter gesamtwirtschaftlicher Situation' stellen.

Spannungen seien vor allem ab Mitte des Jahres 1993 zu erwarten und würden zunächst durch den zu großen Umfang der Anlageinvestitionen ausgelöst werden. So wird mit einem Anstieg der gesamten Anlageinvestitionen auf rund 800 Mrd. RMBY gerechnet; rund die Hälfte dieser Investitionen würden auf den Staatssektor entfallen.

Diese Entwicklung werde zu einem starken Druck auf die Finanzinstitutionen nach einer Ausweitung der Kredite führen.

Weiterhin würden Spannungen durch die sich verstärkenden Engpässe in den Bereichen Kommunikation und Transport, insbesondere beim Eisenbahntransport, verursacht werden. Zwar seien inzwischen die Investitionen in diesen Bereichen deutlich erhöht worden, doch eine kurzfristige Verbesserung nicht zu erwarten.

Ein weiterer negativer Einflußfaktor gehe vom Preisanstieg aus. Obwohl der Einzelhandelspreisindex im Jahre 1992 auf einen Anstieg von 6% beschränkt werden konnte, hätten sich die Konsumgüterpreise in den großen und mittleren Städten mit einer zweistelligen Wachstumsrate erhöht. Auch der Bargeldumlauf sei aufgrund des rund 15%igen Anstiegs der Löhne weiter schnell gewachsen. Vor diesem Hintergrund sei es sehr schwierig, die Zunahme der Inflation unter eine zweistellige Zuwachsrate zu begrenzen.

Spannungen seien auch aufgrund der schnell wachsenden Importe zu erwarten, die die Devisenreserven reduzieren würden. Im landwirtschaftlichen Sektor müßte außerdem durch die geringe Motivation der Bauern, bei niedrigen Preisen weiter Getreide anzubauen, mit Problemen gerechnet werden.

Die *China Economic News* weist in ihrem Artikel darauf hin, daß die Wirtschaftspolitik der Regierung nunmehr der auf dem 14. Parteitag der KPCh festgelegten Leitlinie einer sozialistischen Marktwirtschaft folge, die der Markt koordinierung eine stärkere Rolle einräume. Dementsprechend sei die Vorgabe verbindlicher Pläne im landwirtschaftlichen Sektor abgeschafft und im Industriesektor auf 10% des Outputwertes reduziert worden; die Staatliche Planungskommission beabsichtige außerdem eine weitere Senkung dieses Anteils auf 7%. Insgesamt bedeute dies, daß die Kontrolle der wirtschaftlichen Entwicklung nunmehr verstärkt vom Einsatz indirekter Hebel abhängig sei. Ob wirksame indirekte Regulierungsmechanismen bereits entwickelt seien, würde sich dann herausstellen, wenn die Wirtschaft von ihrem normalen Kurs abweiche und Korrekturen erforderlich würden.